

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

Februar 2007

Dr. Ekkehard Rohrer / Markus Russ / Lisa Anna Matousek

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 15. - 19. Oktober 2007

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Staats- und Regierungschefs vereinbaren Reformvertrag

Auf ihrem informellen Treffen am 18./19.10. in Lissabon hielten sie an ihrem Kompromiss vom Juni fest. Dieser soll am 13.12. besiegelt werden. Der neue Vertrag schafft einen EU-Präsidenten, der zweieinhalb Jahre amtiert, einen Vizepräsidenten der Kommission, der gleichzeitig EU-Außenbeauftragter ist und genau wie der Kommissionspräsident vom Parlament gewählt wird, eine Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen im Rat (Ausnahme: Außen- Steuer- und Sozialpolitik) und in etwa 95% der Politikbereiche eine Gleichberechtigung des Europäischen Parlaments als Mitgesetzgeber. Ab 2014 gilt die doppelte Mehrheit im Rat (55% der Staaten, 65% der Bevölkerung), mit einer Übergangsfrist bis 2017. Ab 2014 wird es bei 27 Mitgliedstaaten nur noch 18 Kommissare (2/3) geben.

Erkauft wurde dieses Ergebnis mit Ausnahmen für Großbritannien im Bereich Justiz und Inneres (Irland mit einbezogen) sowie der Grundrechtscharta, die auch für Polen nicht gelten soll. Ferner wurde der polnischen Forderung nach einer zeitlich begrenzten Blockademöglichkeit für eine Minderheit im Rat Rechnung getragen. Bei Erhöhung der Zahl der Generalanwälte beim Europäischen Gerichtshof von 8 auf 11 erhält Polen eine feste Position. Italien erhält einen zusätzlichen Abgeordneten und schließt mit Großbritannien auf (je 73); der Parlamentspräsident verliert sein Stimmrecht, so dass die Zahl 750 nicht überschritten wird.

http://www.eu2007.pt/UE/vEN/Noticias_Documentos/20071019socratesconfimp.htm

http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=1317&lang=en&mode=g

2. Montenegro auf dem Weg zum EU-Beitritt

Durch das am 15.10. unterzeichnete Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der EU werden die Voraussetzungen für nachfolgende Beitrittsverhandlungen geschaffen. Montenegro muss allerdings noch seine Verwaltungskapazität verbessern und Fortschritte bei der Justiz und der Verbrechensbekämpfung erzielen. Offen blieb die von Bulgarien aufgeworfene Grundsatzfrage wie „Euro“ in kyrillische Schrift übertragen werden soll. Das Abkommen hat sich an die lateinische Schreibweise gehalten und klargestellt, dass dies kein Präzedenzfall sein soll.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/gena/96535.pdf

II. Internationales, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

a) Internationales

1. EU sieht Chancen für Fortschritte im Nahostfriedensprozess

Die EU-Außenminister erhoffen sich von den derzeitigen Gesprächen zwischen dem israelischen Premierminister Olmert und Palästinenserpräsident Abbas konkrete Ergebnisse auf dem Weg zu einer Zweistaatenlösung mit einem demokratischen und lebensfähigen Palästina, das sowohl das Westufer des Jordan als auch den Gazastreifen umfasst. Sie bestanden auf der Erfüllung der bereits eingegangenen Verpflichtungen, insbesondere der „Road Map“ und dem Abkommen über freien Zugang. Ferner verlängerten sie den Hilfsmechanismus (Temporary International Mechanism) bis 31.12. und appellierten an Israel, die Notversorgung des Gazastreifens sicher zu stellen.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/gena/96535.pdf

2. Beitrittsländer am EU-Programm für Wettbewerbsfähigkeit beteiligt

Kroatien und die ehemalige jugoslawische Republik **Mazedonien** sind die ersten Länder außerhalb der EU und des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR), die am Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) teilnehmen, mit dem die Europäische Kommission Innovation, unternehmerische Initiative und Wachstum in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) fördert.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1542&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Europäische Perspektive für Bosnien und Herzegowina bekräftigt

Die EU-Außenminister hielten allerdings auch an einer Polizeireform als Voraussetzung für die Unterzeichnung des bereits ausgehandelten Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit der EU fest.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/gena/96535.pdf

b) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

1. Rat beschließt Hilfen für Handel der Entwicklungsländer

Durch ein Programm über 2 Mrd. EUR jährlich ab 2010, von denen die eine Hälfte aus dem EU-Etat und die andere von den Mitgliedstaaten kommt sollen insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder in Stand gesetzt werden, sich am Welthandel zu beteiligen. Die Hälfte der Mittel ist für die AKP-Staaten entsprechend der von ihnen vorgegebenen Prioritäten vorgesehen.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/gena/96534.pdf

2. Neues Paket von Entwicklungsstrategien für 13 Pazifikstaaten auf dem Weg

Die Kommission hat am 18.10. am Rande des 38. Pacific Island Forum in Tonga Länderstrategiepapiere mit 13 Inselstaaten des Pazifik unterzeichnet. Letztere haben damit als erste Staaten Länderstrategiepapiere im Rahmen des 10. Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) vereinbart, aus dem für sie im Zeitraum 2008-2013 267 Mio. EUR bereitgestellt werden. Drei Prioritäten wurden dabei festgelegt: verantwortungsvolle Staatsführung, nachhaltige Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und Wirtschaftswachstum.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1552&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. EU führt Militäreinsatz im Tschad und in Zentralafrikanischer Republik

Nachdem sich die EU-Verteidigungsminister bereits geeinigt hatten beschlossen die EU-Außenminister förmlich eine Gemeinsame Aktion welche im Rahmen der UNO einen zunächst einjährigen Einsatz zur Stabilisierung der durch Flüchtlingsbewegungen aus dem Sudan/Darfur geschwächten Region. Den Kern der EU-Truppe „Eufor“ unter dem Kommando des irischen Generals Patrick Nash werden 1.500 französische Soldaten bilden, die bereits präsent sind. Hinzukommen nach Presseberichten 350 Iren, 350 Polen, 200 Schweden und 100 Belgier.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/gena/96535.pdf

4. Sanktionen gegen Burma/Myanmar verschärft

Die EU-Außenminister beschlossen wie erwartet ein Importverbot für Holz, Edelmetalle, Mineralien und Edelsteine sowie ein Exportverbot für Ausrüstung für diese Sektoren und ein Investitionsverbot für diese Bereiche.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/gena/96535.pdf

5. Sanktionen gegen Usbekistan gelockert

Die EU-Außenminister verlängerten zwar das Waffenembargo und die Visa-Beschränkungen um 12 Monate, beschlossen aber gleichzeitig, letztere für ein halbes Jahr auszusetzen und nur bei mangelndem Fortschritt in der Menschenrechtsfrage wieder in Kraft zu setzen.

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/gena/96535.pdf

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

Sozialpartner der EU einig bei Sicherheit und Flexibilität auf Arbeitsmarkt

Auf dem dreigliedrigen Sozialgipfel in Lissabon am 18.10. verständigten sie sich auf einen gemeinsamen Bericht über die relevanten wirtschaftlichen Grunddaten und anerkannten, dass die Mobilität und Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte gefördert werden muss, bei gleichzeitiger Absicherung gegen soziale Risiken („Flexicurity“). Sie empfehlen den Mitgliedstaaten eine ausgewogene Mischung von Arbeitsrechtsreformen, aktiven Arbeitsmarktpolitiken, lebenslangem Lernen, nachhaltigen Sozialsystemen, und sozialem Dialog als Mittel zum Aushandeln des Gleichgewichts zwischen Flexibilität und Sicherheit. Die Sozialpartner streben in ihrem Arbeitsprogramm 2006-2008 entweder zur Integration benachteiligter Gruppen oder zum lebenslangen Lernen eine Rahmenvereinbarung auf EU-Ebene an.

http://www.eu2007.pt/UE/vEN/Noticias_Documentos/20071018PARCEIROS.htm

<http://www.eu2007.pt/NR/rdonlyres/BE871EAA-09E4-4D26-A944-F5E3D71FAB90/0/PCETUCBusinessEuropeOct07KEYCHALLENGESFACINGEUROPEANLABOURMARKETS.pdf>

IV. Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei

a) Ernährung

Vier neue geographische Herkunftsbezeichnungen- auch aus Bayern

Es handelt sich um den Käse "Staffordshire Cheese" (UK), die Gemüsesorten "Coliflor de Calahorra" (ES) und "Bayerischer Meerrettich" oder "Bayerischer Kren" (DE) sowie den Fisch "Holsteiner Karpfen" (DE).

http://ec.europa.eu/agriculture/foodqual/quali1_fr.htm

b) Landwirtschaft

1. Sonderhilfen für Schweinefleischerzeuger

Angesichts der derzeitigen schwierigen Marktlage stimmte der Verwaltungsausschuss für Schweinefleisch am 18.10. einem Kommissionsvorschlag zu, der mit Wirkung vom 29.10. Zuschüsse der Gemeinschaft für eine private Lagerung für eine Dauer zwischen drei und fünf Monaten vorsieht

2. Frankreich beseitigt Diskriminierung ausländischer Getreidehändler

Am 17.10. hat die Kommission das gegen Frankreich eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren eingestellt nachdem neue Rechtsvorschriften insbesondere klargestellt haben, dass der Antragsteller den Nachweis seiner Händlertätigkeit durch Vorlage seiner Eintragung in das Handelsregister oder jedes gleichwertigen, von den zuständigen Behörden eines EG-Mitgliedstaates ausgestellten Dokuments erbringen kann und von der Verpflichtung, über eine Firmenanschrift in Frankreich zu verfügen sowie Mindestlagerkapazitäten und eine Mindestgeschäftstätigkeit in Frankreich nachzuweisen befreit ist.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1519&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
http://ec.europa.eu/community_law/index_en.html

c) Fischerei

Tiefseeökosysteme vor Grundschieppnetzfisherei zu schützen

Die Kommission hat am 17.10. eine Strategie für den Schutz der empfindlichen Tiefseeökosysteme vor destruktiven Fischereipraktiken vorgelegt. Außerdem hat sie einen Vorschlag angenommen, mit dem die Verwendung schädlicher Grundfanggeräte in den betreffenden Gebieten auf Hoher See verboten werden soll. Für Gebiete auf Hoher See, die noch nicht von einer regionalen Fischereiorganisation abgedeckt werden, schlägt die Kommission eine innovative Regelung vor, wonach die Fischer vor Beginn ihrer Fangtätigkeit eine Genehmigung für die Fischerei in einem bestimmten Gebiet einholen müssen. Der betreffende Mitgliedstaat darf diese Fangerlaubnisse nur bei Unbedenklichkeit erteilen. Außerdem soll EU-Schiffen die Fischerei in mehr als 1000 m Tiefe untersagt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1506&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
[MEMO/07/411.](#)

V. Binnenmarkt, Steuern, Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt

1. Ja zu Rechtsinstrument für inländische und grenzüberschreitende Verträge

Dies ist das Ergebnis der Konsultation der EU-Kommission zum Grünbuch für Verbraucherschutz. Danach hat sich die Mehrzahl der Beteiligten für eine Harmonisierung in Bereichen ausgesprochen in denen für Anbieter bzw. Verbraucher größere Hindernisse für grenzüberschreitende Kaufverträge bestehen. Die meisten Beteiligten sprachen sich auch für eine Einbeziehung der bereits bestehenden sektoralen Richtlinien wie etwa zu Pauschalreisen oder zur Teilnutzung von Immobilien (timeshare) aus. Starke Unterstützung gebe es auch für eine Systematisierung der Verbraucherrechte und eine verbindliche Liste unfairer Geschäftspraktiken.

http://ec.europa.eu/consumers/cons_int/safe_shop/acquis/acquis_working_doc.pdf

2. Konsultation bestätigt Hindernisse für Privatplatzierungen innerhalb EU

Die Europäische Kommission hat eine Zusammenfassung der 38 Antworten veröffentlicht, die sie im Rahmen einer Konsultation zu den Regelungen der EU-Mitgliedstaaten für Privatplatzierungen erhalten hat ([IP/07/523](#)). Bei dieser Art der Platzierung können Wertpapiere privat an sachkundige Anleger veräußert werden, ohne dass die bei Publikumsverkäufen geltenden Anlegerschutzvorschriften bzw. Offenlegungs- und Berichtspflichten zum Tragen kommen. Die Betroffenen berichten über ernsthafte Probleme beim grenzübergreifenden Vertrieb bestimmter Anlageprodukte, insbesondere nicht harmonisierter Investmentfonds. Bei Wertpapieren und geschlossenen Fonds funktionierten die mit der Prospektrichtlinie eingeführten Regelungen demnach gut.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1497&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/investment/consultations/index_de.htm#call

3. Zugang der Öffentlichkeit zu Finanzdaten börsennotierter Gesellschaften

Die Europäische Kommission hat die Mitgliedstaaten aufgefordert, ein elektronisches Netz zu schaffen, das die nationalen Register zur Speicherung von Finanzdaten börsennotierter Gesellschaften miteinander verbindet. Die Umsetzung dieser Empfehlung würde den Zugang der Anleger zu historischen Informationen über Ergebnis und Finanzlage von Unternehmen sowie über Änderungen bei größeren Beteiligungen erleichtern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1494&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/internal_market/securities/transparency/index_de.htm#storage

4. Vertragsverletzungsverfahren mangels Notfallplänen für Industrieunfälle

Die Europäische Kommission hat beschlossen, an 12 EU-Mitgliedstaaten (**Österreich**, Zypern, Tschechische Republik, Frankreich, **Deutschland**, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Niederlande, Spanien und Schweden) ein letztes Mahnschreiben vor Klageerhebung zu senden, weil sie bei zahlreichen Anlagen noch keine Notfallpläne für die Umgebung von Industrieanlagen erstellt haben, in denen gefährliche Stoffe vorhanden sind. Nach Maßgabe der sogenannten Seveso-II-Richtlinie müssen Notfallpläne für die Umgebung bestimmter Industrieanlagen erstellt werden, in denen große Mengen an gefährlichen Stoffen vorhanden sind. Solche externen Notfallpläne hätten in den EU-15-Mitgliedstaaten seit 2002 und in den 10 neuen Mitgliedstaaten seit 2004 vorliegen müssen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1534&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Steuern

1. Grenzüberschreitender Verlustausgleich in Deutschland beanstandet

Die Europäische Kommission hat Deutschland förmlich aufgefordert, seine Steuerregelungen zum grenzübergreifenden Verlustausgleich zu ändern, da diese ihrer Auffassung nach mit den Grundsätzen der Niederlassungsfreiheit und der Freiheit des Kapitalverkehrs im Binnenmarkt unvereinbar sind.

http://ec.europa.eu/taxation_customs/common/infringements/infringement_cases/index_de.htm

http://ec.europa.eu/community_law/eulaw/index_en.htm

2. Kommission moniert ermäßigten Mehrwertsteuersatz für lebende Pferde

Die Europäische Kommission hat die Niederlande förmlich aufgefordert, ihre Rechtsvorschriften betreffend den ermäßigten Mehrwertsteuersatz für bestimmte lebende Tiere und insbesondere

Pferde zu ändern. Nach Auffassung der Kommission sollte für die Lieferungen lebender Tiere der Normalsatz gelten. Zeitgleich hat die Kommission Informationssuchen in Form von Aufforderungsschreiben an sieben weitere Mitgliedstaaten (**Österreich**, Tschechische Republik, Frankreich, **Deutschland**, Irland, Italien und Luxemburg) gerichtet und sie aufgefordert, innerhalb von zwei Monaten ihre Stellungnahmen zu übermitteln.

http://ec.europa.eu/taxation_customs/common/infringements/infringement_cases/index_de.htm

http://ec.europa.eu/community_law/eulaw/index_en.htm

c) Wettbewerbsrecht

1. Kommission rügt Länder wegen Vergabe an Rechtsbankdienst *Juris*

Im Jahr 2006 haben die Justizbehörden von 13 Bundesländern Aufträge für Rechtsdatenbank-Dienste ohne Ausschreibung direkt an *Juris* vergeben. *Juris* ist der führende Betreiber von Rechtsdatenbanken in Deutschland. Die Bundesrepublik Deutschland ist einer der Anteilseigner der Gesellschaft. Nach Auffassung der Kommission könnte es sich bei den von den 13 Bundesländern geschlossenen Verträgen über die Erbringung von Datenbankdiensten und bei der zwischen der Bundesregierung und *Juris* getroffenen Vereinbarung um öffentliche Aufträge handeln, die im Wege eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens hätten vergeben werden müssen. Die Bundesregierung muss sich hierzu innerhalb von zwei Monaten äußern.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1512&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/community_law/index_en.htm

2. Abgaben wegen Überschreitung der Milchquoten in Höhe von 221 Mio. EUR

Dies ergibt sich nach vorläufigen Berechnungen der Europäischen Kommission auf der Grundlage der jährlichen Meldungen der Mitgliedstaaten im Milchwirtschaftsjahr 2006/07. Sieben Mitgliedstaaten (**Österreich**, Zypern, Dänemark, Italien, **Deutschland**, Luxemburg und die Niederlande) haben ihre Quote für Lieferungen an die Molkereien überschritten. Insgesamt belaufen sich die Über-Lieferungen auf 773 728 Tonnen. Fast 80 % der über die Quote hinaus produzierten Menge entfällt auf Italien, das seine Quote um 6 % überschritten hat. Österreich hat seine Quote um 3,3 % (86.715 Tonnen) überschritten und muss 24.748.000 EUR zahlen. Deutschland hat seine Quote um weniger als 1% überzogen und muss für 8.656 Tonnen 2.471.00 EUR entrichten (28.54 EUR je 100 kg über Quote).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1543&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VI. Wirtschaft, Energie, Währung und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Jährliche Inflationsrate in EU im September gestiegen

Die jährliche Inflationsrate der Eurozone lag im September 2007 bei 2,1%, gegenüber 1,7% im August. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,7% betragen. Die monatliche Inflationsrate betrug im September 2007 0,4%. Die jährliche Inflationsrate der EU lag im September 2007 bei 2,2%, gegenüber 1,9% im August. Ein Jahr zuvor hatte sie 1,9% betragen. Die monatliche Inflationsrate betrug im September 2007 0,4%.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/07/138&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

2. Handelsbilanzdefizit in Europa im August – Überschuss in Eurozone

Nach ersten Schätzungen ergab sich für die Eurozone (EZ13) im August 2007 ein Überschuss von 1,3 Mrd. Euro im Handel mit der übrigen Welt, gegenüber -5,2 Mrd. im August 2006. Im Juli 2007 hatte der Saldo +5,7 Mrd. und im Juli 2006 +1,1 Mrd. betragen. Im August 2007 nahmen die Ausfuhren im Vergleich zum Juli 2007 (saisonbereinigt) um 4,9% zu und die Einfuhren um 2,0%. Die EU27 wies nach ersten Schätzungen im August 2007 ein Handelsbilanzdefizit von 16,3 Mrd. Euro aus, gegenüber -22,2 Mrd. im August 2006. Im Juli 2007 war ein Saldo von -13,4 Mrd. und im Juli 2006 von -13,9 Mrd. verbucht worden. Im August 2007 stiegen die Ausfuhren im Vergleich zum Juli 2007 (saisonbereinigt) um 2,9%, während die Einfuhren um 0,4% abnahmen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/07/141&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Täglich Schlüsselindikatoren auf einer einzigen Webseite verfügbar

Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften, startet eine neue Webseite, auf der die wichtigsten und aktuellsten Konjunkturindikatoren für die Eurozone und die Europäische Union zusammen veröffentlicht werden. Diese Webseite versorgt politische Entscheidungsträger, Analysten, die akademische Welt, die Medien und die Öffentlichkeit mit wesentlichen Informationen für die Entscheidungsfindung, für Wirtschaftsanalysen und Forschung.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/07/139&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Energie

1. Energie-Dialog EU-Russland wird fortgeführt

Zwischen dem für Energie zuständigen EU-Kommissar Piebalgs und dem russischen Minister für Industrie und Energie, Viktor Khristenko, fand am 17.10. in Brüssel ein Treffen im Rahmen des Energiedialogs EU-Russland statt. Im Vorfeld des EU-Russland-Gipfels am 26.10. bewerteten sie die aktuelle Lage und die Aussichten für die Zusammenarbeit im Energiebereich darunter zum Infrastrukturbau und zur Energieeffizienz. Ihr Treffen war auch Anlass dafür, die weitere Entwicklung der Studie über die Durchführbarkeit einer Stromverbindungsleitung zwischen der EU und Russland mit Vertretern der beteiligten Organisationen zu erörtern, d. h. mit Vertretern des UPS/IPS-Netzes (Unified Power System/Interconnected Power Systems) auf der russischen Seite und der UCTE (Union für die Koordinierung des Transports elektrischer Energie) auf der europäischen Seite.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1503&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/energy/russia/index_en.htm

2. Kommissarin Nellie Kroes trifft Verband der Energie und Kraftwirtschaft

Die 60. Jahrestagung des Verbandes der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e.V.(VIK) am 25.10. in Berlin wird durch eine öffentliche Vortragsveranstaltung zum Thema Europäischer Binnenmarkt für Strom und Gas ergänzt. Teilnehmer sind neben EU-Wettbewerbskommissarin Kroes u.a. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, VIK-Vorstandsvorsitzender Dr. Volker Schwich, Dr. Bernhard Heitzer, Präsident des Bundeskartellamtes und E.ON Vorstand Dr. Johannes Teyssen.

http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/european_agenda/einladungkoes.pdf

http://ec.europa.eu/deutschland/pdf/european_agenda/anmeldeformularkoes.pdf

c) Währung und Finanzen

1. Europäischer Zahlungsraum beschlossen

Der Rat verabschiedete endgültig (in erster Lesung) die vom Parlament bereits angenommene Richtlinie über Zahlungsdienste im Binnenmarkt durch die sowohl für Banken als auch für andere Zahlungsdienstleister ein freier Markt mit harmonisierten Informationspflichten und gleichen Nutzerrechten, ohne Diskriminierung von grenzüberschreitenden Transaktionen, geschaffen wird. Diese Richtlinie muss bis 01.11.09 umgesetzt werden. Hierdurch wird eine Initiative der Zahlungsverkehrsbranche zur Errichtung eines einheitlichen Zahlungsraumes mit integrierter Zahlungsinfrastruktur bis 2010 speziell für die Eurozone (single euro payments area, SEPA), , ergänzt.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st03/st03613.de07.pdf> (Beschluss)

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st03/st03613-co02.de07.pdf>

2. Finanzkontrolle wird immer stärker Wirtschaftlichkeitsprüfung

Diese Entwicklungstendenz stellte der Präsident des Europäischen Rechnungshofes, Hubert Weber, in seiner Eröffnungsansprache zum 30jahrigen Jubiläum des Hofes am 18.10. in Luxemburg heraus. Mehr und mehr rücke im Bereich der öffentlichen Mittelverwendung die Erreichung der Ziele der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit in den Blickpunkt. Die Obersten Rechnungskontrollbehörden lieferten in ihrer Funktion als Dienstleister gegenüber den betroffenen Kreisen und der interessierten Öffentlichkeit Informationen, die zur bestmöglichen Verwendung der öffentlichen Mittel beitragen sollen. EU-Kommissarin Hübner anerkannte diese Funktion und verwies auf die von der Kommission entwickelten Indikatoren für die Erfolgskontrolle der europäischen Kohäsionspolitik.

<http://eca.europa.eu/portal/pls/portal/docs/1/377499.PDF>

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/07/633&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

1. Menschenrechte in innere und äußere Politiken der EU integriert

Dies ist Gegenstand des vom Rat angenommenen Berichts über die Lage der Menschenrechte in der EU in der Zeit vom 01.07.06 bis 30.06.07. Den größten Raum nehmen die weltweiten Aktivitäten der EU zur Förderung der Menschenrechte ein. So sei es der EU gelungen, im neu geschaffenen UNO-Menschenrechtsrat (Human Rights Council) eine Resolution zur Kontrolle der Menschenrechtssituation in Darfur durchzusetzen. Innerhalb der EU wird auf die am 15.02. eingerichtete Grundrechtsagentur und deren Zusammenarbeit mit dem Europarat verwiesen. Priorität habe die Aufnahme der Menschenrechte in alle EU-Politiken (mainstreaming) mit einem besonderen Schwerpunkt auf der Geschlechterperspektive.

http://www.consilium.europa.eu/cms3_fo/showPage.asp?id=970&lang=en&mode=g

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/en/gena/96534.pdf

2. Kein Zahlungsverzug bei rechtzeitigem Eingang bei Bank des Gläubigers

Dies ist die Auffassung von Generalanwalt Poiares Maduro vor dem Europäischen Gerichtshof in einem Verfahren gegen die Deutsche Telekom bei dem es um etwa 600.000 EUR Verzugszinsen geht. Anders als nach deutschem Zivilrecht sei bei Banküberweisungen eine Zahlung nicht bereits dann geleistet, wenn der uberweisungsauftrag vor Ablauf der anwendbaren Frist beim Geldinstitut des Schuldners eingeht und das Konto des Schuldners gedeckt ist. Zu weit gehe

aber die Forderung, dass der Rechnungsbetrag auf dem Konto des Gläubigers gutgeschrieben sein müsse. Die Richtlinie zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr (200/35/EG) impliziere vielmehr, dass es genüge, dass der fällige Betrag dem Geldinstitut des Gläubigers rechtzeitig zugegangen ist.

<http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=de> (Az. C-306/06 einfügen)

b) Inneres

1. Richtlinie über Visa für Forscher in 15 Staaten nicht umgesetzt

Bis zum Inkrafttreten am 12.10. haben nur sechs Mitgliedstaaten (Belgien, Deutschland, Österreich, Ungarn, Portugal und Rumänien) die korrekte Umsetzung notifiziert. Vier Staaten (Frankreich, Litauen, Lettland und Slowakei) haben eine teilweise Umsetzung gemeldet. Die Kommission weist die übrigen Staaten darauf hin, dass nunmehr ein Vertragsverletzungsverfahren erwogen wird.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1499&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

3. Vertrag über Europäisches Gendarmeriekorps unterzeichnet

Am 18.10. unterzeichneten Frankreich, Italien, Spanien, Portugal und die Niederlande ein Abkommen wodurch die bereits bestehende „European Gendarmerie Force“ (EUROGENDFOR oder EGF) mit ihrem Hauptquartier in Vicenza (Italien) auf eine vertragliche Grundlage gestellt wird. Bezweckt werden polizeiliche Einsätze zur Reaktion auf Krisen sowohl im Rahmen der EU als auch internationaler Organisationen wie der UNO, der OSZE oder der NATO. Der erste Einsatz ist in Bosnien-Herzegowina geplant. Mitglieder der EGF können alle EU-Staaten werden welche Polizeikräfte mit Kombattantenstatus aufweisen. Beitrittsländer können um den Beobachterstatus ersuchen. Interesse besteht in Polen, Litauen, Rumänien und der Türkei.

<http://www.eurogendfor.eu>

http://www.eu2007.pt/NR/rdonlyres/D4E8CF56-7780-43BF-93D8-95A76FF909E7/0/DAPEUROGENDFOR_declaracaoing.pdf

IX. Verkehr

1. Kommission will Seeverkehr und Eisenbahngüterverkehr fördern

Ausgehend von einer im Sommer 2006 eingeleiteten Konsultation werden in einem Aktionsplan für die Logistik etwa dreißig Maßnahmen für den Güterverkehr in der EU, Innovationen bei der Güterverkehrslogistik in Städten sowie die Konzentration von Langstreckentransporten auf so genannte „grüne Korridore“, bei denen verschiedene Verkehrsträger verknüpft werden, empfohlen. Die Kommission schlägt neue Initiativen für die Schaffung eines am Güterverkehr orientierten Bahnnetzes vor, das zuverlässigere und leistungsfähigere Dienste ermöglicht.

Ferner strebt sie eine Förderung des Seeverkehrs an, weil dieser Verkehrsträger vom Standpunkt der Energieeffizienz die günstigsten Merkmale aufweise, die Umwelt am wenigsten durch Emissionen von Treibhausgasen belastet und ermögliche, natürliche Hindernisse wie die Alpen und die Pyrenäen zu vermeiden. Die Hochgeschwindigkeitsseewege spielten eine wichtige Rolle bei der Umstrukturierung des Langstreckengüterverkehrs in Europa und bei der Verbesserung seiner Nachhaltigkeit.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1550&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/transport/logistics/index_en.htm

2. Zuständigkeiten der Europäischen Flugsicherheitsagentur ausgeweitet

Der Rat verabschiedete einen Gemeinsamen Standpunkt welcher die bestehenden Vorschriften zur Errichtung einer Europäischen Agentur für Flugsicherheit und den Vorschlag zur Neuregelung kodifiziert sowie einen Teil der Änderungen des EP in erster Lesung aufgreift. Wesentlicher Inhalt ist die Ausweitung der Prüfungen der Flugsicherheit auf Flugzeuge aus Drittstaaten, Hinzu kommen neue Zertifizierungsaufgaben für die in Köln (Deutschland) ansässige Agentur. Die Vorlage wird nunmehr dem EP zur zweiten Lesung im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens zugeleitet.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st10/st10537.de07.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st10/st10537-ad01.de07.pdf>

X. Medien und Informationsgesellschaft

1. Reform der Richtlinie "Fernsehen ohne Grenzen" auf Zielgerader

Der EU-Ministerrat verabschiedete einen Gemeinsamen Standpunkt, der informell mit dem Europäischen Parlament und der EU-Kommission abgestimmt worden ist, so dass mit einer unveränderten Annahme durch das EP in 2. Lesung zu rechnen ist. Durch die Neuregelung wird mehr Flexibilität bei den Werbeblöcken geschaffen. Darüber hinaus wird eine Rechtsgrundlage für Produktplatzierung („Schleichwerbung“) in Unterhaltungssendungen eingeführt. Der Schutz für Kinder und Jugendliche wird verstärkt. Die Zulässigkeit einer Sendung richtet sich nach dem Herkunftslandprinzip, mit Einschränkungen für Sendungen die speziell für das Ausland bestimmt sind. Einbezogen werden auch neue Rundfunkdienste, für die aber weniger strenge Vorschriften gelten.

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st10/st10076-ad01.de07.pdf>

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/de/07/st10/st10076.de07.pdf>

2. Verfahren gegen Niedersachsen und Schleswig-Holstein (DE) eingestellt

Nach Übermittlung eines Aufforderungsschreibens durch die Kommission im April 2006 wurden die Bestimmungen des Niedersächsischen Mediengesetzes (NMedienG) und des Landesrundfunkgesetzes für das Land Schleswig-Holstein (LRG) geändert. Diese beiden Gesetze begünstigten bei der Vergabe von Rundfunklizenzen Kandidaten, deren Programme im jeweiligen Bundesland produziert oder studioteknisch abgewickelt wurden. Außerdem verpflichtete das Mediengesetz des Landes Niedersachsen die beiden größten nationalen Privatsender dazu, die Herstellung und studioteknische Abwicklung der regionalen Fensterprogramme im Bundesland zu gewährleisten oder einen Beitrag zur Entwicklung der Medienwirtschaft oder des privaten Rundfunks im Land zu leisten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1519&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/community_law/index_en.htm

3. Kommission kündigt für 13.11. Vorschläge für besseren Breitbandmarkt an

Der durchschnittliche Breitbandanteil (Zahl der Abonnenten pro Einwohner) sei trotz relativ bescheidener Raten in einigen Mitgliedstaaten in einem Jahr von 14,9 % auf 18,2 % (Juli 2007) gestiegen. In den Ländern mit der höchsten Breitbandverbreitung –Dänemark (37,2 %) und Niederlande (33,1 %) - nutze ein erheblicher Anteil der Bevölkerung die Infrastruktur von einem anderen als dem etablierten Betreiber. **Österreich** (18,4%) und **Deutschland** (21,1%) liegen nahe am Durchschnitt. Haupthemmnisse für das Wachstum des Breitbandmarkts seien fehlender Wettbewerb und Schwachstellen bei der Regulierung. Ein positives Beispiel sei das vereinigte Königreich wo die Regulierungsbehörde die funktionale Trennung zwischen Netzen und Dienstleistungen durchgesetzt habe.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1492&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

XI. Bildung, Forschung, Kultur

1. Deutscher Meisterbrief wird Fachhochschulabschluss gleichgestellt

Dies hat der EU-Regelungsausschuss für die Anerkennung von Berufsqualifikationen nach der Anerkennungsrichtlinie beschlossen. Zuvor waren Handwerksmeister nur auf der zweitniedrigsten von fünf Niveaustufen eingeordnet. Die vom Komitologieausschuss getroffene Entscheidung wird nun dem Europäischen Parlament mit einer Prüffrist von einem Monat zugeleitet.

<http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/pressemitteilungen,did=220626.html>

2. Auswahlgremium für Rat für Europäischen Forschungsraum besetzt

Dr. Claudie Haigneré, ehemalige französische Forschungs- und Europaministerin, Frau Professor Vaira Vike-Freiberga, ehemalige Präsidentin Lettlands, und Dr. Andrew Dearing, Generalsekretär des EIRMA (European Industrial Research Management Association), werden die Europäische Kommission bei der Auswahl der Mitglieder des neu zu gründenden Rats für den Europäischen Forschungsraum (European Research Area Board – ERAB) unterstützen. Die Expertengruppe wird 22 Persönlichkeiten aussuchen, die Erfahrung und herausragende Leistungen in Forschungspolitik und -management unter Beweis gestellt haben. Dabei wird sie auf Vorschläge europäischer Organisationen zurückgreifen. Die Experten werden ihre Empfehlungen bis Januar 2008 vorlegen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1500&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

3. Forschungsprojekte für umweltfreundlichere Luftfahrt

Die EU-Kommission hat bekanntgegeben, welche Vorschläge für Forschungsprojekte im Bereich Luftfahrt aus Mitteln des 7. Forschungs-Rahmenprogramms der EU (FP7) gefördert werden. Für die erste Reihe von Projekten stellt die EU 217 Mio. € (von insgesamt 2,1 Mrd. € für die Luftfahrtforschung in den Jahren 2007-2013) zur Verfügung. Die Vertragsverhandlungen mit der Kommission sind im Gang.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1549&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

II. Sonstiges

Eine Million Besucher auf EUtube

EUtube, der Kanal der Europäischen Kommission auf YouTube, wurde seit der Freischaltung vor weniger als drei Monaten mehr als eine Million Mal angeklickt, dabei wurden fast 7 Millionen Videos angeschaut.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1498&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>
www.youtube.com/eutube